

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin: Mittwoch, 22.03.2017
Sitzungsbeginn: 17:04 Uhr
Sitzungsende: 19:37 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Roland Böhm - Marburger Linke -

reguläre Mitglieder

Herr Winfried Kissel - CDU -
Frau Alexandra Klusmann - SPD -
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke -
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD -
Frau Gabriele Mensing - BfM -
Herr Stephan Muth - CDU -
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen -
Frau Runhild Piper - CDU -
Herr Ulrich Severin - SPD -
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen -
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL -

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD - - entschuldigt -

Herr Michael Selinka - FDP/MBL - - entschuldigt -

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei - - entschuldigt -

Anwesend waren

vom Magistrat:	Oberbürgermeister Herr Dr. Spies Bürgermeister Herr Dr. Kahle
von der Verwaltung:	Frau Meier, Frau Lambrecht, Frau Siebler, Frau Dr. Amend-Wegmann, Herr Schmidt, Herr Wege
vom Behindertenbeirat:	Frau Mayer
vom Ausländerbeirat:	Herr Ismani
von der Presse:	Herr Conrad
als Gäste:	Frau Ghafury, Herr Beckmann, Herr Kling-Böhm

Protokoll:

Der Vorsitzende Herr Böhm eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Sozialausschusses fest.

Herr Böhm begrüßt sodann die Ombudspersonen für Flüchtlinge Frau Ghafury und Herrn Beckmann. Sie berichten von ihrer Arbeit und ihren Erfahrungen in Marburg. Die Ombudspersonen sehen sich als Vermittler zwischen geflüchteten Menschen und Institutionen. Gerade in Krisensituationen könnten sie hilfreich und unterstützend tätig werden. Oftmals sind es die Kleinigkeiten, die zu einer erfolgreichen Lösung von Problemen führen. Die Universitätsstadt Marburg sei die einzige Stadt in Deutschland, die Ombudspersonen für Flüchtlinge beschäftige. Im weiteren Verlauf wird über die Arbeit mit den Flüchtlingen im Camp berichtet. Nach Schließung des Camps erfolgte eine Verortung mit Ansprechzeiten im Portal in Gisselberg. Mit dem Umzug des Portals in die Mauerstraße beginnt eine Neuordnung der Ansprechzeiten und Kontaktmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang wird auch ein Konzept zur Arbeit der Ombudspersonen erstellt. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Frau Kula unterbreitet den Vorschlag, Frau Ghafury auch in die Gleichstellungskommission einzuladen, um dort nochmals über spezifische Belange von geflüchteten Frauen zu sprechen.

zu 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.02.2017.

Die Niederschrift der vorhergehenden Sitzung vom 15.02.2017 wird in der vorgelegten Form genehmigt.

zu 2 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Vormundschaft persönlich Vorlage: VO/5136/2016

Herr Severin von den antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM beantragt die nochmalige Zurückstellung des Fraktionsantrages, da noch nicht alle Unterlagen, die zur Beschlussempfehlung notwendig sind, vorliegen.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zurückstellung des Fraktionsantrages abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

zu 3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Kinderbetreuung für Berufstätige
Vorlage: VO/5313/2017

Herr Kissel von der antragstellenden Fraktion der CDU beantragt die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zurückstellung des Fraktionsantrages abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

zu 4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Lebensbedingungen und Perspektiven von Jugendlichen in Marburg 2017
Vorlage: VO/5364/2017

Der Fraktionsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde zunächst im Jugendhilfeausschuss beraten. Von dort gab es die Empfehlung, den ursprünglichen Beschlussvorschlag zu ändern. Der geänderte Beschlussvorschlag wurde von Bürgermeister Herrn Dr. Kahle im Sozialausschuss vorgetragen und ausführlich erläutert. Anschließend erfolgte eine ausführliche Diskussion.

Herr Severin weist darauf hin, dass sich durch den Änderungsvorschlag der Sinn des ursprünglichen Fraktionsantrages grundlegend geändert hat. Er möchte diese Änderungen zunächst in seiner Fraktion abstimmen und beantragt die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Zurückstellung abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zurückstellung des Fraktionsantrages.

zu 5 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Platzvergabe in der Kindertagesbetreuung
Vorlage: VO/5367/2017

Der Fraktionsantrag der antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM sollte zunächst im Jugendhilfeausschuss beraten werden. Der Jugendhilfeausschuss hat den Fraktionsantrag in seiner Sitzung am 16.03.2017 zunächst zur Beratung und Stellungnahme in die AG § 78 und den Fachausschuss Kinderbetreuung verwiesen.

Insofern wird der Fraktionsantrag erneut zurückgestellt.

zu 6 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kindertagesstätten-Bauprogramm (KiBaP)
Vorlage: VO/5368/2017

Der Fraktionsantrag der antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM sollte zunächst im Jugendhilfeausschuss beraten werden. Der Jugendhilfeausschuss hat den Fraktionsantrag in seiner Sitzung am 16.03.2017 zunächst zur Beratung und Stellungnahme in die AG § 78 und den Fachausschuss Kinderbetreuung verwiesen.

Insofern wird der Fraktionsantrag erneut zurückgestellt.

zu 7 Antrag der Fraktionen von SPD und BfM betr. Kinderbetreuungs-Entwicklungsplan 2017 bis 2021
Vorlage: VO/5369/2017

Der Fraktionsantrag der antragstellenden Fraktionen von SPD und BfM wurde zunächst im Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 16.03.2017 beraten. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt die Annahme des Antrages, mit dem Hinweis, dass die Bearbeitung durch den Magistrat frühestens im Herbst erfolgen kann und der letzte Spiegelstrich "Investitionsbedarf (Instandhaltung, Modernisierung, Neubau)" entfallen soll. Bürgermeister Herr Dr. Kahle erläutert aus Sicht des Magistrats und des Jugendhilfeausschusses die vorgeschlagenen Änderungen. Es folgt eine ausführliche Diskussion im Sozialausschuss.

Anschließend erklärt die Fraktion der CDU den Beitritt zu dem ursprünglichen Fraktionsantrag von SPD und BfM.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über den Fraktionsantrag in seiner ursprünglichen Fassung abstimmen.
Der Fraktionsantrag wird in seiner ursprünglichen Fassung einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 8 Antrag der Fraktionen BfM und SPD betr. Plakataktion gegen Prostitution
Vorlage: VO/5374/2017

Frau Dr. Perabo fragt gleich zu Anfang der Beratung, ob der Antrag schon der Gleichstellungskommission vorgelegen habe. Dies wurde verneint. Sodann wurde der Fraktionsantrag im Ausschuss diskutiert. Weitere Mitglieder des Ausschusses plädierten dafür, den Fraktionsantrag zunächst in die Gleichstellungskommission zur Beratung zu verweisen. Herr Kissel erkundigte sich, wie mit einem Werbeverbot seitens der Stadt juristisch umgegangen werden kann. Für den Magistrat nimmt Oberbürgermeister Herr Dr. Spies Stellung. Am Ende der Diskussion stellt Herr Böhm die Frage an den Ausschuss, ob der Fraktionsantrag zunächst an die Gleichstellungskommission verwiesen werden soll und lässt darüber abstimmen.

Der Fraktionsantrag wird einstimmig zunächst zur Beratung an die Gleichstellungskommission verwiesen.

zu 9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Situation in der Ausländerbehörde
Vorlage: VO/5394/2017

Herr Kissel beantragt für die antragstellende Fraktion der CDU die Zurückstellung des Fraktionsantrages bis zur Sitzung des Sozialausschusses am 21.06.2017.

zu 10 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Erhalt des Eispalasts, der Spanienfreizeit und der Spielzeugbörse
Vorlage: VO/5426/2017

Der Antrag des Kinder- und Jugendparlaments wird ausführlich und kontrovers im Ausschuss diskutiert. Herr Severin weist darauf hin, dass dieser Antrag haushaltswirksame Bestandteile hat und insofern im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2017 zu beraten sei. Der Vorsitzende Herr Böhm weist auf die sozialen Aspekte des Antrages hin. Es werden verschiedene Anträge von Ausschussmitgliedern diskutiert.

Zuletzt stellt Frau Kula den Geschäftsordnungsantrag auf die sofortige Abstimmung.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über den Antrag des Kinder- und Jugendparlaments abstimmen.

Der Antrag wird mit Zustimmung der Fraktionen B90/Die Grünen, Marburger Linke und FDP/MBL bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, CDU und BfM zur Annahme empfohlen.

zu 11 Erster Marburger Aktionsplan zur Umsetzung der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
Vorlage: VO/5428/2017

Für den Magistrat erläutert Oberbürgermeister Herr Dr. Spies die Beschlussvorlage. Er begrüßt ausdrücklich, dass die Universitätsstadt Marburg zu diesem Thema Stellung bezieht und diesen "Ersten Aktionsplan zur Umsetzung der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" erstellt hat. Sodann übergibt er das Wort an Frau Dr. Amend-Wegmann. Sie erläutert den Aufbau, den Inhalt und die Schwerpunkte des Aktionsplans ausführlich. Sodann erfolgt eine ausführliche Diskussion im Ausschuss. Nachfragen werden gestellt und beantwortet. Von den Fraktionen wird der Aktionsplan ausdrücklich begrüßt.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über die Beschlussvorlage abstimmen. Die Beschlussvorlage wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Abschiebungen nach Afghanistan verhindern
Vorlage: VO/5435/2017

Frau Kula erläutert den Fraktionsantrag für die antragstellende Fraktion Marburger Linke und appelliert an alle Ausschussmitglieder diesen Antrag mitzutragen. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies nimmt für den Magistrat Stellung und erläutert die Rechtslage und die Haltung des Magistrats zu diesem Thema. Seitens der Fraktion B90/Die Grünen legt Frau Dr. Perabo einen Änderungsantrag vor, der den ursprünglichen Fraktionsantrag mit zwei weiteren Absätzen ergänzen soll.

Der Änderungsantrag lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich eindringlich beim Bundesaußenminister Sigmar Gabriel dafür einzusetzen, dass Afghanistan nicht weiter als "sicheres Herkunftsland" eingestuft wird.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die heimischen Bundestagsabgeordneten Sören Bartol (SPD) und Stefan Heck (CDU) auf, sich aktiv sowohl in politischen Gremien als auch bei der Bundesregierung für den Abschiebestopp nach Afghanistan einzusetzen.

Seitens der Vertreter der Fraktion der Marburger Linke wird der Änderungsantrag positiv aufgenommen.

Der Vorsitzende Herr Böhm lässt sodann über den geänderten Fraktionsantrag abstimmen.

Der Fraktionsantrag wird gegen die Stimmen der CDU und der BfM sowie bei Enthaltung von FDP/MBL zur Annahme empfohlen.

**zu 13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Aufstellung eines städtischen Rahmenplans am oberen Rotenberg/ Höhenweg
Vorlage: VO/5450/2017**

Für den Magistrat nimmt Bürgermeister Herr Dr. Kahle Stellung und erläutert den derzeitigen Planungsstand. Gleichzeitig empfiehlt Bürgermeister Herr Dr. Kahle die Zurückstellung des Fraktionsantrages bis die Planungen weiter voran geschritten sind. Nach einer kurzen Beratung schlägt die antragstellende Fraktion Marburger Linke vor, den Antrag zurückzustellen.

Die Zurückstellung des Fraktionsantrages wird einstimmig angenommen.

zu 14 Verschiedenes

Frau Dr. Perabo möchte gerne die Große Anfrage zur Situation der Wohnungslosen im Rahmen der nächsten Sitzung des Sozialausschusses diskutieren. Der Vorsitzende Herr Böhm wird darum gebeten, dass dieser TOP im Rahmen der Einladung zur nächsten Sitzung auf die Tagesordnung genommen wird.

Herr Kissel erkundigt sich im Rahmen der Einführung des Schülertickets über die Auswirkungen auf die CleverCard und andere Angebote. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies antwortet zu diesem Thema.

Marburg, 27.03.2017

Roland Böhm
Vorsitzender

Protokoll: Wolfgang Engler